

Treffen der Staatssekretäre der neutralen Staaten Finnland, Oesterreich, Schweden und Schweiz in Thun, 3./4. Juni 1991

Auf Einladung von Staatssekretär Klaus Jacobi (JAC) - auf Schweizer Seite begleitet von Vertretern der Politischen Abteilungen I und III - trafen sich die Staatssekretäre der Neutralen, Aarno Karhilo (Ka.) aus Finnland, Thomas Klestil (Kl.) aus Oesterreich und Pierre Schori (Sch.) aus Schweden, am 3. und 4. Juni 1991 in Thun zum jährlichen Gedankenaustausch über die aktuelle Weltlage sowie die die Neutralen besonders interessierenden Aspekte. Folgende Diskussionspunkte wurden erörtert: 1. EG-/EWR-Fragen, insbesondere die politischen Aspekte (Politische Union) (eingeführt durch JAC); 2. Europäische Architektur, insbesondere KSZE-Fragen (eingeführt durch Ka.); 3. Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa, insbesondere in der Sowjetunion und Jugoslawien (eingeführt durch Sch.); 4. Friedensordnung im Nahen Osten (eingeführt durch Kl.). Beim Gedankenaustausch wurde besonderes Gewicht auf die Rolle und auf die spezifischen Besonderheiten der Neutralen gelegt.

1. EG-Fragen

JAC betont, dass die bei den **EWR-Verhandlungen** noch offenen Fragen der Fischerei, des Kohäsionsfonds, der Landwirtschaft und des Alpentransits nur noch mit politischen Kompromissen beantwortet werden können. Dabei ruft JAC dazu auf, von einem Insistieren auf institutionelle Fragen abzurücken und sich auf die wesentlichen Sachpunkte zu konzentrieren, für CH: längere Uebergangsfristen, Grunderwerb durch Ausländer, Grenzgänger. In CH stehe der Bundesrat vor der Herausforderung, die EWR-Vorlage dem Volk passabel zu präsentieren. Die Ablehnung des Finanzpakets am 2. Juni lasse schwierige Zeiten für eine Abstimmung voraussehen, die noch weit mehr Europatauglichkeit erfordere. JAC sieht keinen Grund, den EWR-Vertrag nicht zu paraphieren. Dieser Akt bedeute noch kein politisches Einverständnis mit dem Inhalt. Eine Unterschriftsverweigerung sei immer noch möglich. Bis zur Abstimmung stehe allerdings nur



ca. 1 Jahr zur Verfügung, sehr kurz für eine derart weitreichende Vorlage. JAC begrüsst den Vorschlag der EG-Kommission für die Verabschiedung eines EG-EFTA-Textes mit Bezug auf politischen Dialog. CH hätte damit keine Probleme.

Kl. sieht für A nur in der Frage des Alpentransits Schwierigkeiten. Er zeigt sich besorgt über die Möglichkeit eines Nicht-Mitmachens der Schweiz beim EWR. Insofern ist er glücklich, dass es in A darüber keine Volksabstimmung braucht. Zum politischen Dialog äussert sich Kl. positiv, meint allerdings, dass damit die bereits bestehenden bilateralen Kontakte nicht in Frage gestellt werden sollten.

Sch. beschreibt die rapide Umwälzung der Meinungen in S während der letzten paar Monate. Im Parlament seien 90 % für eine EG-Kandidatur, die im Juni/Juli eingereicht werde. Die Konsultationsgruppe der vier grossen Parteien sei sich bereits einig über den Text der feierlichen Erklärung des Premierministers im Parlament am 14. Juni. S könne auch als Neutraler bei der EPZ sehr wohl mitmachen; bloss militärische Fragen müssten ausgeklammert bleiben. Parallel dazu stehe S loyal zum EWR und hoffe, dass die Schweiz sich beteilige.

Ka. erklärt die Loyalität von SF zum EWR. Die neue Regierung sei bezüglich einer EG-Mitgliedschaft vorsichtig, zuerst käme der EWR und nachher wolle man sich die Optionen offenhalten. Bereits jetzt sei die Frage Diskussionspunkt Nr. 1, und nach dem schwedischen Beitrittsgesuch dürfte die Debatte noch weit intensiver werden. Ka. sieht keine Probleme bei einem Einschluss des politischen Dialogs in die Beziehungen EG/EFTA.

Eine intensive Diskussion ergibt sich zur **Politischen Union (PU)**. JAC weist auf die Bedeutung der laufenden Verhandlungen hin. Luxemburg als kleines Land mit dem Willen, seiner Präsidentschaft Konsistenz zu geben, setze sich für die PU und für eine Vertiefung und Konsolidierung der EG ein, weshalb der EG-Gipfel Ende Juni wohl gewisse Resultate bringen werde. Allerdings scheint für JAC Luxemburg sehr ambitiöse Ziele zu verfolgen. JAC regt an, mit Irland Konsultationen aufzunehmen,

um in Sachen Verteidigung und Neutralität in der EG mehr Klarheit zu erhalten.

Kl. betont, die Neutralität sei nicht (mehr) eine heilige Kuh. In A bemühe man sich, sie vom mythischen Beiwerk zu befreien. Sch. meint dazu, es sei im jetzigen Zeitpunkt überhaupt schwierig, für die Neutralität zu plädieren. Viel wichtiger sei es, eine "internationale Allianz für eine Zusammenarbeit im Frieden" zu schaffen.

Ka. unterstreicht im Gegensatz zu Kl. die Wichtigkeit des Mythos in der Neutralitätsauffassung. Insofern sei jedes Land ein Spezialfall. In SF bedeute die Neutralität Schutz und Schild und sei praktisch ein Synonym für Unabhängigkeit und Souveränität. Die politischen Umwälzungen zwingen allerdings auch SF zu einer Neudefinition, und man investiere nun Energie in konzeptionelles Denken. Zur PU könne SF nicht vorbehaltlos ja sagen. Zu vieles sei noch unbekannt, man müsse abwarten, was bei den Diskussionen darüber herauskomme.

JAC meint, der Wert der Neutralität sei heute anders als früher. Das beginnende Funktionieren einer globalen kollektiven Sicherheit (Irak) begrenze die Neutralität. Beteiligung bei wirtschaftlichen Sanktionen stelle kein Problem dar, wohl aber seien militärische Sanktionen politisch problematisch. Im Golfkrieg hätte da bereits die Frage der Ueberflüge deutliche Grenzen aufgezeigt. Eine vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe nehme nun die Anwendung der Neutralität unter den neuen Umständen unter die Lupe.

Kl. ist der Auffassung, dass die historische Perzeption der Neutralität heute überholt sei. Er gibt aber zu, dass bei der auch in A für einen EG-Beitritt nötigen Volksabstimmung die Neutralität ein Diskussionspunkt sein wird und dass die Reaktionen ähnlich wie in CH sein werden. Im Hinblick darauf habe A bei seinem EG-Beitrittsgesuch einen Neutralitätsvorbehalt angebracht, diesen allerdings im ein Jahr später eingereichten Memorandum nicht mehr wiederholt. Der Regierung in Wien sei nicht bekannt, ob die EG in ihrem Avis auf die Neutralitäts-

frage eingehen werde.

Sch. gibt bekannt, S werde das EG-Beitrittsgesuch ohne Vorbehalte stellen. Die Meinung sei aber nicht, dass damit die Neutralität aufgegeben werden solle, sondern Stockholm wolle nicht, dass über die schwedische Neutralität in Brüssel diskutiert werde. Jedes Land müsse seine Neutralität selber definieren können.

Zum Schluss der Diskussion über EG-Fragen wird noch über die Frage des **Zeitpunktes der EG-Beitrittskandidaturen** gesprochen. JAC gibt kund, Aussenminister Poos (LX) habe ihm deutlich gemacht, es kämen nur Beitrittsverhandlungen zustande mit Ländergruppen, d.h. Aufnahme von Verhandlungen gleichzeitig mit mehreren Staaten; der Einzelbeitritt Griechenlands sei eine Ausnahme gewesen. Poos habe ihm bedeutet, die nächste logische Gruppe seien die vier Neutralen sowie Norwegen. Dies müsste bedeuten, dass die CH ihr Beitrittsgesuch nicht allzulange hinausschieben sollte, wenn nicht bei den Beitrittsverhandlungen mit der EG die Neutralität nur mit A und S erörtert werden soll.

Zu dieser Idee entgegnet Kl. unumwunden, dass A nicht auf eine Kandidatur der Schweiz warten könne und wolle. Bei aller Freundschaft plädiere A für rasche Verhandlungsaufnahme. Den Vorsprung von zwei Jahren sei A nicht aufzugeben gewillt. Daher sage A auch jetzt schon klar ja zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur PU (mit Ausnahme der Verteidigung) und bittet die Schweiz, das unverzügliche Weitermachen Oesterreichs nicht zu blockieren.

Sch. informiert, dass S zunächst lieber mit SF und Norwegen zusammen ein Beitrittsgesuch habe stellen wollen. Vor allem Dänemark habe sich für die Manifestierung einer solchen nordischen Solidarität stark gemacht, v.a. aus Gründen einer Ausbalancierung der starken Bundesrepublik Deutschland. Aus innenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen habe aber die Regierung in Stockholm nicht mehr länger warten wollen.

2. Europäische Architektur

Im Zentrum der Diskussion stehen **KSZE-Fragen**. In seiner Einführung legt Ka. dar, dass die Berliner Aussenministerkonferenz die von den N+N im Minoritätenbereich ergriffenen Initiativen in Gang bringen sollte. SF beurteile die Fortschritte auf dem Gebiet des CFE-I-Vertrages zwischen den USA und der UdSSR als positiv für den KSZE-Prozess. Was das Helsinki-Folgetreffen angeht, so möchte SF ein vorbereitendes Ratstreffen unmittelbar vor der Versammlung. Das KSZE-Sekretariat in Prag wolle ein solches Treffen aber früher. SF werde nicht auf seiner Haltung beharren. Ka. bedauert die harte Haltung der Sowjetunion bezüglich einer Teilnahme der baltischen Staaten. Er ruft dazu auf, Moskau mit allen Mitteln zu erweichen.

Kl. bezeichnet den Dringlichkeitsmechanismus als das für Oesterreich wichtigste Instrument zur Absicherung der osteuropäischen Staaten. Diese klopfen in ihrem Sicherheitsstreben an die Türe der NATO und werden von dieser zur KSZE geschickt. Im übrigen plädiert Kl. für eine stärkere Eingliederung des Europarates in den KSZE-Prozess.

Sch. wünscht sich eine deutliche Stärkung der KSZE-Strukturen, was die UdSSR besser in Europa verankere.

JAC greift den Gedanken auf und schlägt vor, dass die vier Neutralen neue Ideen einbrächten, um die KSZE zu stärken und den osteuropäischen Staaten mehr Sicherheit zu geben. Alle sind einverstanden, dass Experten der vier Staaten dazu gemeinsam etwas entwickeln und dass nicht mehr allein auf die Gruppe der N+N abgestellt wird. Dem Vorschlag von Kl., die Gruppe als solche abzuschaffen, d.h. die Nicht-Paktgebundenen "auszuladen", wird schweizerischerseits nicht zugestimmt. Die Neutralen könnten gut zusätzlich nur unter sich eine spezielle Zusammenarbeit pflegen, ohne dass man von Malta, Zypern und Jugoslawien blockiert werde. Als Hauptgebiet einer solchen Zusammenarbeit unter Neutralen bietet sich die Sicherheitspolitik an. In diesem Zusammenhang gibt JAC zu bedenken, dass

bei einer Neuformierung der Ländergruppen die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen nicht vergessen werden sollten. Kl. macht dabei auf die **Pentagonale** aufmerksam. Wenn die Schweiz - sie wäre als Mitglied sehr willkommen - beitrete, hätte man eine Art Zusammenarbeit Neutrale - Mitteleuropa.

JAC gibt seinem Unmut über **Zypern** Ausdruck. Es gehe nicht an, dass jedesmal versucht wird, die Zypernfrage in ein Abschlusscommuniqué der N+N hineinzunehmen. Die Neutralen sollten klar machen, dass es an Zypern liege, sein Problem mit Griechenland und der Türkei zu regeln. Diese Sache gehöre nicht in die KSZE. Die Anwesenden sind damit einverstanden. Sch. plädiert dafür, dass die USA die Türkei mehr unter Druck setzen, damit eine Lösung gefunden werde.

Die Staatssekretäre möchten am Berliner Treffen ihre **Koordination** im Sicherheits- und im Wirtschaftsbereich verstärken. Das letztere Gebiet dürfte von Polen, Ungarn und der Tschochoslowakei mit einem eigenen Papier angesprochen werden. Die CH ersucht die andern Neutralen noch um Unterstützung ihrer Anliegen beim Minoritätentreffen in Genf.

Neben der KSZE kommt noch kurz die **Europäische Konföderation** zur Sprache. Wiewohl vage, hat die Idee nach Ka. ihre Verdienste als Teil eines Auffangnetzes für Osteuropa. Auch Frankreich habe erkannt, dass mit diesem neuen Gebilde keine existierenden Organisationen, wie z.B. der Europarat, konkurrenziert werden sollen. Kl. seinerseits ist froh, dass vorderhand bei der Assisentagung keinerlei behördliche Involvierung gegeben sei. Im übrigen betont er, dass die EG in jeder Beziehung die stärkste politische Kraft in Europa sei. JAC warnt seinerseits davor, die USA und Kanada draussenzulassen.

3. Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa

Schwerpunkt des Gedankenaustausches bildet die Situation in **Jugoslawien (JUG)**. Allgemein wird bedauert, dass sich die Jugoslawen nicht helfen lassen wollen und dass sie die einzigen sind, die die Auflösung ihres Staates wollen. Die Vertreter der Teilrepubliken werden zwar überall empfangen, aber ohne Enthusiasmus. Gegenüber dem Bundesstaat will sich niemand der Einmischung bezichtigen lassen. JAC plädiert für eine Koordinierung der wirtschaftlichen Hilfe über den EFTA-Fonds. Es muss geklärt werden, ob dieses Geld auch den Republiken zugänglich ist und wer über die Zuteilung entscheidet.

Kl. erläutert, dass die Situation in JUG als direktem Nachbarland besonders bedeutsam für Oesterreich sei. Er bemängelt, dass es vollständig unmöglich sei, irgendein Projekt in einer Teilrepublik zu unterstützen. Alles werde durch die Bundesregierung entschieden, die nach Lust und Laune blockieren könne. Von aussen bestehe kaum Einflussmöglichkeit in den Gliedstaaten. Andererseits müsse aber auch klar erkannt werden, dass JUG in Wirklichkeit nicht mehr existiere. Die Republiken werden sich unabhängig machen, wir seien deshalb zu einem pragmatischen Angehen der Frage gezwungen. A ist besonders betroffen, habe es doch mit JUG rund 300 bilaterale Verträge abgeschlossen, von denen etwa 200 allein Slowenien betreffen. Im übrigen sei es nicht einfach, JUG über den EFTA-Fonds zu helfen, da das Parlament in Wien angesichts der Zustände dort die Zustimmung verweigern werde. Die Sezessionen in JUG werden auch die Lage in der Tschechoslowakei verschlimmern. In A vermutet man, dass dann die Slowakei zu einem Alleingang ermuntert sein könne.

Kl. bezeichnet die Lage in JUG als gefährlich. Das alte KGB-Armee-Netz der UdSSR arbeite mit der alten Clique in Belgrad und andern osteuropäischen Staaten weiter zusammen. Die Nichtwahl Mesics zum Staatspräsidenten sei der Moment des unweigerlichen Umkippen in die Krise gewesen. Zusätzlich werde die Lage noch verschärft durch die langsame Oeffnung Albanien, was das Kosovo-Problem anheize. In JUG bestehe ein gefährli-

cher Brandherd mit dem Risiko einer "Balkanisierung" der ganzen Region.

JAC bedauert, dass sich die USA bei der Lösungssuche zurückziehen und die Europäer allein lassen, während Sch. durch die Entwicklung in JUG den ganzen KSZE-Prozess gefährdet sieht. Er ruft zu einer aktiven Problemlösung auf. JAC unterstützt dieses Anliegen und ersucht um Vorschläge. Eine **Aktion der Neutralen** oder ein koordinierter Approach der Neutralen zusammen mit der EG verspreche allenfalls Erfolg. Kl. bleibt angesichts der Blockierung und Verhärtung in JUG skeptisch. Er sieht es höchstens als möglich an, dass die Neutralen im Schosse der KSZE eine Erklärung abgeben, wobei er die Hilfe unserer Staaten und durch den EFTA-Fonds von der friedlichen Entwicklung in JUG abhängig machen möchte.

Die Staatssekretäre formulieren und verabschieden alsdann eine Erklärung zu Händen ihrer Minister, die am Berliner Treffen darauf hinwirken sollen, dass im Rahmen der KSZE und unter Beachtung sämtlicher KSZE-Prinzipien Jugoslawien zu einer friedlichen Lösung seiner Probleme findet. Der Text wird in den vier Hauptstädten noch auf seine KSZE-Kompatibilität hin überarbeitet und sollte dann in Berlin als gemeinsamer Vorstoss lanciert werden.

Als zweites Thema wird die Entwicklung in der UdSSR besprochen. Sch. bemängelt, dass der neue Unionsvertrag zwar den Republiken ermöglicht, daran gar nicht teilzunehmen, dies aber nur um den Preis der wirtschaftlichen Strangulation. Man könne jetzt schon sicher sein, dass eine Welle von Hilfesuchen an die westlichen Staaten heranrollen werde.

Kl. sieht es als für ganz Osteuropa gefährlich an, wenn die UdSSR nicht politisch und wirtschaftlich stabilisiert werde. Es liege auch in unserem Interesse, langfristig gesehen, dass geholfen werde. Kl. tritt hierbei für eine grosszügige Hilfe der G-7 ein; Gorbatschow allein könne die konservativen Strukturen nicht überwinden.

Ka. bezeichnet den neuen Unionsvertrag als Beitrag zu einer relativen Stabilität. Positiv beurteilt er auch die Verhandlungen zwischen Moskau und dem Finnland nahestehenden Estland. Er sieht sogar Möglichkeiten einer Uebereinkunft im Sicherheitsbereich. Als weiteren stabilisierenden Faktor betrachtet er die ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR, die mittels Verträgen nach Westen und nach Osten ein Bindeglied zwischen uns und der UdSSR darstellen.

JAC stellt die Frage, ob Gorbatschow überhaupt gewisse Teile der Union fahren lassen kann, und meint, dies müsse unweigerlich geschehen, da das Chaos sonst überall Platz greift und nirgends mehr eine Kontrolle ausgeübt werden könnte. JAC bezeichnet die instabile Lage der UdSSR als weltweites Problem. Selbst die Chinesen hätten ihm gegenüber ihre Besorgnis ausgedrückt. Er unterstützt die Meinung von Kl., wonach die Grossen dieser Welt (die vier permanenten Sicherheitsratsmitglieder, die G-7 sowie die Bundesrepublik Deutschland) die UdSSR stützen müssten. Die Kleinen müssten ihre Prioritäten auf die andern ost- und mitteleuropäischen Staaten legen, die dadurch im "Westen" behalten werden können.

Ka. gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass SF im Baltikum in den nächsten vier Jahren 500 Mio \$ für Hilfe ausgibt (Umweltprogramme, Ausbildung, Landwirtschaft).

Ein kurzer Gedankenaustausch über das **Vertretungsnetz in Osteuropa** schliesst die Diskussion dieses Kapitels ab. Gemäss Sch. sieht S einen Schwerpunkt im Baltikum. Sobald es geht, sollen in Riga und Vilnius Vertretungen errichtet werden. SF betreut das Baltikum über ein Generalkonsulat in Leningrad, dem seit 1971 ein Büro in Tallinn untersteht, wo heute bereits 8 Beamte tätig sind. Im September 1991 möchte SF in Riga eine Vertretung eröffnen und allgemein im Baltikum eine Verstärkung der kulturellen Aktivitäten vornehmen. A plant mehr Kulturaktivitäten in Osteuropa. Bereits seien 40 Deutschlehrer in Ungarn tätig, die das durch den Rückgang des Russischen entstandene Loch füllen sollen. In Budapest und Prag sollen neu österreichische Schulen eröffnet werden. JAC gibt die

Pläne des EDA in Richtung einer mittelfristigen Verstärkung unserer Missionen in Osteuropa sowie der Eröffnung eines oder zweier Generalkonsulate in der UdSSR bekannt.

4. Naher Osten

Kl., soeben von einer Reise aus Israel zurückgekehrt, führt das Thema mit sehr pessimistischen Bemerkungen ein. Israel und die Palästinenser seien so weit auseinander wie noch nie. Selbst Elias Freij als moderater Politiker habe ihm, Kl., gegenüber die schlechte Stimmung nicht verhehlt. Die Palästinenser erhielten wegen der proirakischen Haltung der PLO kein Geld mehr von den reichen arabischen Staaten. Freij habe den Wunsch ausgedrückt, dass die Europäer mehr Druck auf Israel ausüben und auch in der UNO im gleichen Sinne aktiver werden. Den USA wird vorgeworfen, gegenüber Israel weiterhin zu weich zu sein. Kl. schätzt die Dialogbereitschaft der Palästinenser als gut ein und bemerkt, dass ohne israelische Konzessionen keine Lösung gefunden wird.

JAC hat den Eindruck, dass alle Frieden wollen, dass aber Israel mit verschiedenen Zungen rede. Je nach Gesprächspartner behaupte z.B. Shamir ganz verschiedene Sachen. JAC bezeichnet das Verhalten Israels in den besetzten Gebieten als "kalte Kolonisierung". 90 % des Wassers werde an jüdische Siedler verteilt, und nur 10 % gelangen zur palästinensischen einheimischen Bevölkerung. In Israel brauche es dringend eine politische Aenderung, doch scheine Shimon Peres dazu nicht mehr in der Lage zu sein. In seinen Gesprächen in Aegypten habe JAC die Beurteilung gehört, dass Israel keiner von aussen aufoktroierten Lösung zustimmen werde, die Lösung müsse von innen kommen. Der durch die Einwanderung erzeugte wirtschaftliche Druck werde eines Tages die Regierung zum Sturz bringen. Bis dahin gebe es als einzigen Weg nur die Aufstellung und Ergreifung vertrauensbildender Massnahmen bis Ende Jahr, dann müsse man weitersehen. Ka. entgegnet, Israel erachte leider solche Massnahmen nicht als nötig, und Kl. widerspricht in dem Sinne, dass nur eine von den USA durchgesetzte Lösung Bestand

haben werde. Von innen her komme aus Israel nichts.

Sch. weist darauf hin, dass im Vergleich Jugoslawien-Israel unsere Haltung sehr widersprüchlich sei. Dort werde unter Berufung auf die KSZE das Land mit Begriffen wie Demokratie und Menschenrechte unter Druck gesetzt, hier operiere niemand mit demselben Druckmittel. Aus seinen Kontakten mit der PLO weiss Sch., dass die PLO Bakers Friedensbemühungen unterstütze. Beide zögen am gleichen Strick, die USA wollten es öffentlich nur nicht zugeben und dadurch der PLO Statur verleihen. S möchte Faisal Husseini nach Stockholm einladen und als Vermittler versuchen, einen Dialog mit den USA zustandezubringen. Mit Israel auf der andern Seite sei dies leider nicht möglich.

Abschliessend betont JAC, dass ein Prozess wie bei der KSZE im Nahen Osten nicht möglich sei, und lehnt die Idee der KSZM global ab, lediglich einzelne Elemente könnten herausgepickt werden. Diese Auffassung wird von allen Anwesenden geteilt.

Als letzten Punkt erörtern die Staatssekretäre kurz die Frage der **Waffenausfuhr in die Türkei**. JAC beschreibt die schwierige Lage der Schweiz, nach dem Ausfuhrstopp im Golfkrieg aufgrund des Kriteriums der Spannung eigentlich den Export wieder aufnehmen zu können, dies aber nicht tut. Die Ausfuhr bleibt gesperert, sehr zum Missfallen der Türkei. Kl. informiert über dieselbe Haltung Oesterreichs. Auch Schweden und Finnland liefern keine Waffen in die Türkei.

*

Im Jahre 1992 wird es an Finnland sein, das Staatssekretären-treffen der Neutralen auszurichten.

Referenzen und Initialen

Adresse für Tele. an Dritte

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

Ja Nein

Norm. Dring. Flash

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

T r e f f e n d e r S t a a t s s e k r e t a e r e d e r
n e u t r a l e n S t a a t e n F i n n l a n d ,
O e s t e r r e i c h , S c h w e d e n u n d S c h w e i z
i n T h u n , 3 . / 4 . J u n i 1 9 9 1

Auf Einladung von Staatssekretär Klaus Jacobi trafen sich die Staatssekretäre der neutralen Staaten in Thun zu ihrem jährlichen Gedankenaustausch. Dieser war angesichts der politischen Entwicklungen in Europa vom aktuellen Geschehen und von der gewandelten Gewichtung der Neutralität geprägt. Im Zentrum der intensiven Gespräche standen die politischen Aspekte der europäischen Integration, die europäische Architektur, insbesondere die KSZE, die Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa mit den Schwerpunkten Jugoslawien und UdSSR sowie die Friedensordnung im Nahen Osten.

Ausführlicher Bericht im Wochentelex Teil II.